2025 oLPT 2025-08-23 Antrag 2025/GS/3

Antrag 2025/GS/3 Jusos RLP

Empfehlung der Antragskommission Annahme

Hilfe statt Hürden – Für solidarische Ausstiegsprogramme und Unterstützungsangebote für FINTA in der Prostitution

- 1 Wir stehen wir für eine feministische, soli-
- 2 darische und soziale Politik, die auf Selbst-
- 3 bestimmung, Schutz und Teilhabe aller
- 4 Menschen zielt. Dafür braucht es auch im
- 5 Bereich von Prostitution und Sexarbeit ei-
- 6 nen Ausbau der Beratungs- und Unterstüt-
- 7 zungsstrukturen sowie eine konsequente
- 8 Entstigmatisierung und Verbesserung der
- 9 Lebensrealitäten betroffener Menschen.
- 10 Die Situation von Prostituierten und
- 11 Sexarbeiter*innen in Rheinland-Pfalz ist
- 12 von strukturellen Benachteiligungen,
- 13 sozialer Ausgrenzung und einem Mangel
- 14 an passgenauen Unterstützungsange-
- 15 boten geprägt. Obwohl Prostitution in
- 16 Rheinland-Pfalz nicht überall sichtbar ist,
- 17 existiert sie in vielen Regionen und ist oft
- 18 mit prekären Lebenslagen, Unsicherhei-
- 19 ten und Stigmatisierung verbunden. Die
- 20 bestehenden Hilfesysteme sind bislang
- 21 weder flächendeckend noch ausreichend
- 22 auf die komplexen Bedarfe ausgerichtet.
- 23 Die bestehenden Unterstützungsangebo-
- 24 te, wie die Beratungsstelle in Koblenz,
- 25 sind erste wichtige Schritte aber reichen
- 26 in Reichweite & Struktur nicht aus, um
- 27 den tatsächlichen Bedarf flächendeckend
- 28 zu decken. Der Ausstieg aus der Prostituti-
- 29 on ist für viele FINTA ein langwieriger und
- 30 komplexer Prozess, der intensive individu-
- 31 elle Begleitung und nachhaltige Perspekti-
- 32 ven erfordert. Viele betroffene FINTA haben
- 33 traumatische Erfahrungen gemacht, leiden
- 34 unter psychischen Belastungen oder ste-
- 35 hen vor erheblichen finanziellen und sozia-

- 36 len Hürden beim Ausstieg. Ausstiege aus
- 37 der Prostitution verlaufen dabei selten ge-
- 38 radlinig Rückschläge, Existenzängste und
- 39 fehlende berufliche Perspektiven erschwe-
- 40 ren den Prozess zusätzlich. Ein Ausstieg ist
- 41 für viele daher ohne niedrigschwellige und
- 42 langfristige Unterstützung kaum möglich.
- 43 Bundesweit geförderte Modellprojekte, et-
- 44 wa in Berlin, Nürnberg und Freiburg/Kehl,
- 45 haben gezeigt, dass individuelle, ressour-
- 46 cenorientierte Beratung, psychosoziale
- 47 Stabilisierung, Qualifizierungsmaßnah-
- 48 men und eine enge Zusammenarbeit mit
- 49 Jobcentern und Bildungsträgern zentrale
- 50 Erfolgsfaktoren für einen nachhaltigen
- 51 Ausstieg sind. Besonders bewährt haben
- 52 sich eine enge individuelle Betreuung
- 53 durch spezialisierte Sozialarbeiter*innen,
- 54 die Entwicklung persönlicher Perspektiven
- 55 und Qualifizierungsoptionen, die Unter-
- 56 stützung bei z.B. Behördengängen oder
- 57 Wohnungssuche und eine enge Koope-
- 58 ration mit Jobcentern als Brücke in den
- 59 regulären Arbeitsmarkt.
- 60 Die Erfahrungen aus anderen Bundeslän-
- 61 dern zeigen, dass nachhaltige Verbesserun-
- 62 gen nur durch eine koordinierte, landeswei-
- 63 te Strategie und eine solide Finanzierung
- 64 erreicht werden können.
- 65
- 66 Daher fordern wir:
- 67 1. Aufbau landesweiter Strukturen & Finan-
- 68 zierung
- 69 Flächendeckende Beratungsstellen:
- 70 Schaffung eines Netzwerks mit Anlaufstel-
- 71 len in allen größeren Städten (z.B. Mainz,
- 72 Ludwigshafen, Trier) nach dem Vorbild
- 73 der Berliner Hydra e.V.-Kooperation. Es
- 74 sollen mindestens 5 Regionalzentren in
- 75 Rheinland- Pfalz aufgebaut werden um

- 76 eine enge Betreuung der Klient*innen zu77 ermöglichen
- 78 Landesweite Arbeitsgruppe: Es soll ei-
- 79 ne ressortübergreifende Arbeitsgruppe (So-
- 80 ziales, Gesundheit, Integration) zur Koor-
- 81 dination eingerichtet werden. Dabei sol-
- 82 len relevante Akteur*innen, wie z.B. Ver-
- 83 bände und NGOs wie proFamilia oder auch
- 84 die IHK mit eingebunden sein Langfristige
- 85 Landesförderung: Die Finanzierung muss
- 86 durch Landesmittel mit mind. 60% sicher-
- 87 gestellt werden, um die Abhängigkeit von
- 88 befristeten Bundesprojekten zu reduzieren.
- 89 Auch Mittel aus dem europäischen Sozial-
- 90 fonds können zur Finanzierung herangezo-
- 91 gen werden
- 92
- 93 2. Best-Practice-Modelle adaptieren
- 94 Individuelle Umstiegsberatung: Imple-
- 95 mentierung des Bremer Models mit inten-
- 96 siver 1:1- Betreuung durch geschulte Sozi-
- 97 alarbeiter*innen, kombiniert mit entspre-
- 98 chenden Qualifizierungsmaßnahmen wie
- 99 z.B. Sprachkursen oder Praktika
- 100 Kooperation mit Arbeitsmarktakteur*in-
- 101 nen: Es braucht fest verankerte Partner-
- 102 schaften mit Jobcentern und Bildungsträ-
- 103 gern, um die Arbeitsmarktintegration zu
- 104 systematisieren
- 105
- 106 3. Fachliche Standards etablieren
- 107 Leitfaden für Ausstiegsprozesse: Entwick-
- 108 lung eines landesspezifischen Handlungs-
- 109 leitfadens durch die oben genannte Ar-
- 110 beitsgruppe mit Fokus auf: Niedrigschwel-
- 111 liger Zugang (anonym, kostenlos) Psycho-
- 112 sozialer Stabilisierung und Gesundheits-
- 113 versorgung Muttersprachliche Beratung
- 114 durch Dolmetscher*innen
- 115 Schulungen für Fachkräfte: Sensibilisie-

116 rung für Traumata, Stigmatisierung und 117 rechtliche Hürden (z.B. Aufenthaltsstatus, 118 Leistungsansprüche, etc.)

119

- 120 4. Bestehende Projekte des Bundes nutzen
- 121 & ausbauen
- 122 Bewerbung um Bundesmittel: Rheinland-
- 123 Pfalz sollte sich aktiv an Ausschreibungen
- 124 des BMFSFJ beteiligen
- 125 Verstetigung der Bundesmodellprojekte:
- 126 auf Bundesebene sollen die Mittel für die
- 127 Modellprojekte zunächst aufgestockt wer-
- 128 den, zudem müssen bereits erfolgreich er-
- 129 probte Modelle aus dem Projektstatus her-
- 130 aus, um langfristige Finanzierungssicher-
- 131 heit zu haben. Perspektivisch soll es eine
- 132 bundeseinheitliche Finanzierung von Aus-
- 133 stiegsprogrammen geben
- 134 Wir richten uns ausdrücklich nicht gegen
- 135 Menschen, die freiwillig in der Sexarbeit tä-
- 136 tig sind, sondern wollen gezielt diejenigen
- 137 unterstützen, die aussteigen wollen un-
- 138 ter oft sehr belastenden Bedingungen. Die
- 139 geforderten Maßnahmen sind notwendig,
- 140 um den vielfältigen und komplexen Bedar-
- 141 fen der betroffenen FINTA gerecht zu wer-
- 142 den, ihnen echte Alternativen und Perspek-
- 143 tiven zu eröffnen und soziale Teilhabe zu er-
- 144 möglichen.